

KOMMENTARE

Die Gefahr durch extremistische Gewalt

Beängstigend

HUBERTUS GÄRTNER

Wenn Sicherheitsexperten mit klaren Worten vor der Gefahr des Terrorismus in Deutschland warnen, dann sollte das niemand auf die leichte Schulter nehmen und für übertrieben halten.

Bei uns, aber auch in anderen Ländern Europas, ja auf der ganzen Welt, sind schon zu viele schreckliche Dinge passiert. Man denke nur an die verheerenden Anschläge von New York, Madrid und London oder an das Massaker, das Anders Behring Breivik am 22. Juli 2011 in Oslo angerichtet hat. Hinzu kommt die fürchterliche Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds. Die Tatsache, dass dieses braune Terrortrio jahrelang in Deutschland unentdeckt im Verborgenen agieren konnte, sollte uns alle aufrütteln.

Die meisten Bürger wünschen sich zwar, dass so etwas nie wieder vorkommt. Aber die Gefahr ist nicht gebannt. Es gibt Indizien, dass die Gewaltbereitschaft im Bereich des politischen Extremismus auch hierzulande zunimmt. Dabei sind es gleichzeitig

mehrere beängstigende Tendenzen, die die Sicherheitsbehörden vor nahezu unlösbare Aufgaben stellen. Zum einen wird der Terror zunehmend nicht mehr von Organisationen, sondern von radikalen Einzeltätern oder kleinen Gruppen getragen, die sich sehr konspirativ verhalten. Dieses Phänomen ist sowohl am rechten Rand als auch in der islamistischen Szene zu beobachten.

Zum anderen spielt das Internet bei der Radikalisierung und Rekrutierung von politischen Extremisten eine immer größere Rolle. Propagandavideos, Anleitungen zum Bombenbau und Hetzschriften werden massenhaft im Netz verbreitet. Eine Kontrolle ist dort kaum möglich. Obwohl es selten jemand zugeibt, so sind die Sicherheitsbehörden mit der Bekämpfung des Terrors allein überfordert. Es liegt an uns allen, genau hinzuschauen und aufzupassen, wenn jemand vom Wegabkommt.

hubertus.gaertner@
ihr-kommentar.de
Bericht Titelseite

Volksabstimmung zu Manager-Gehältern

Druck im Kessel

CARSTEN HEIL

Das ist eindeutig: Knapp 70 Prozent der Abstimmungsberechtigten haben sich bei einer Volksabstimmung in der Schweiz gegen überzogene Erfolgs-Boni für Banker und zu hohe Gehälter für Manager ausgesprochen. Das ist eine der höchsten Zustimmungsraten, die je eine Abstimmung der Eidgenossen erreicht hat. Regierung und Parlament sind nun verpflichtet, Lohn- und Boni-Exzessen gesetzlich einen Riegel vorzuschieben.

Das ist bemerkenswert, denn die Schweiz ist eines der Länder, das am meisten von seinem Finanzsektor lebt und dessen Eigenheiten immer hartnäckig verteidigt hat. Zwar gehören sie nicht zur Europäischen Union, aber dieses Ergebnis wird den Druck

auf Brüssel, Berlin und vor allem London deutlich erhöhen. Die Schweizer Bürger sind längst weiter als viele der sogenannten europäischen Eliten. Unterschiedlich hohe Verdienste sind in Ordnung, aber ungerechtfertigte Millionen-Boni oder Abfindungen selbst bei erwiesener Unfähigkeit müssen in ganz Europa der Vergangenheit angehören.

Die Schweizer haben Druck im Kessel gemacht. Das sollten die Regierungen Europas nutzen, um vor allem auf die Briten Einfluss auszuüben. Das hat nichts mit Neid zu tun, sondern auch mit der Sorge um eine gespaltene Gesellschaft.

carsten.heil@
ihr-kommentar.de
Bericht Wirtschaft

Artenschutzkonferenz in Bangkok

Ausverkauf der Natur

JESSICA KLEINEHELFTEWES

Das Washingtoner Artenschutzabkommen (Cites), das am 3. März 1973 unterzeichnet wurde, ist einer der ältesten Umweltverträge der Welt. Die Ziele sind hoch: den weltweiten Handel mit bedrohten Tier- und Pflanzenarten regulieren und deren Überleben sichern. Tatsächlich konnten in der Vergangenheit Erfolge verbucht werden. Doch der Ausverkauf der Natur hat Hochkonjunktur.

So ist es nicht verwunderlich, dass trotz Abkommen der Handel mit Elfenbein, Nashorn und Co. blüht. Schon bei der letzten Tagung in Doha haben sich die Delegierten nicht auf kurzzeitige Beschränkungen und schon

gar nicht auf Handelsverbote einigen. Es bleibt also abzuwarten, welche Nachrichten uns in rund zwei Wochen aus Bangkok erreichen.

Doch selbst wenn sich die Staaten auf neue Einschränkungen oder Verbote einigen, bleibt die Frage, ob die Umsetzung auch gelingt. Daran hapert es meist, auch wenn etwas auf dem Papier gut aussieht. Solange Beschlüsse umgangen werden können, bleiben diese Konferenzen zwar gut fürs Gewissen, den bedrohten Tierarten und Tropenwäldern helfen sie jedoch herzlich wenig.

jessica.kleinehelftwes@
ihr-kommentar.de
Bericht Aus aller Welt

PRESSESTIMMEN

FUTTERSKANDAL

Wiesbadener Kurier

■ **Wiesbaden.** Was für Billig-Lasagne galt, gilt auch in diesem Fall: Die industrielle Landwirtschaft und die industrielle Herstellung von billigen Lebensmitteln haben ihren Preis. Und zwar den des gesundheitlichen Risikos. Das Verbraucherverhalten nach dem Motto „Billig geht vor gut“ ist mit ursächlich für die immer wiederkehrenden Lebensmittellaffären.

Berliner Zeitung

■ **Berlin.** Die meisten Schweinereien passieren schlicht, weil

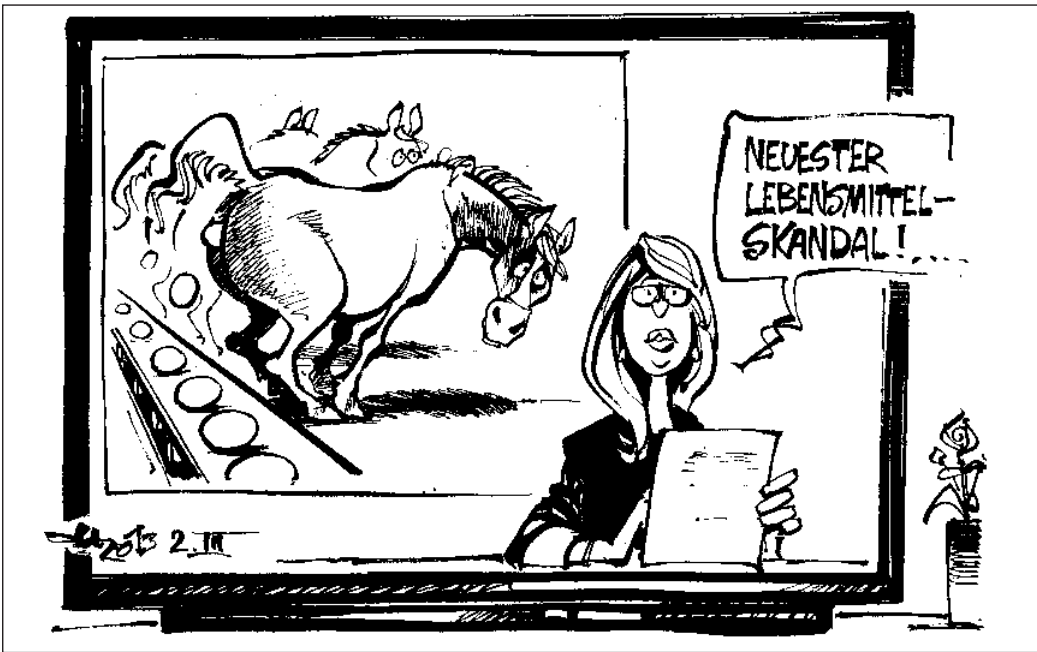
wir Schnäppchenjäger sind.

Rhein-Zeitung

■ **Koblenz.** Fast ein Drittel des Futters muss importiert werden. Das heißt: Der Handel mit Futtermittel ist ein gigantischer Markt. (. . .) Das schürt die Gier und reizt zum Betrug.

Süddeutsche Zeitung

■ **München.** Drei Skandale in so kurzer Zeit tragen hoffentlich dazu bei, dass die Politik aufwacht: Es reicht nicht, immer nur anzukündigen, dass die Kontrollen verbessert werden. Man muss es auch tun.



„... angebliche Bio-Eier stammen von Pferden!“

ZEICHNUNG: HORST HATTZINGER

TAGESTHEMA

„Peer, bitte mach keinen Sch...“

Bürger machen Vorschläge für SPD-Wahlprogramm



Hingehört: Peer Steinbrück nimmt Vorschläge von jungen Wählern entgegen. FOTO: DPA

VON GEORG ISMAR

■ **Berlin (dpa).** „Politik kann auch Spaß machen“, meint Peer Steinbrück. Nach der Clown-Debatte spricht er von einem „faszinierenden Spektrum an Reaktionen. Er gibt sich entspannt. Aber bei einem Bürgerkonvent werden ihm und der SPD brisante Ideen ins Wahlprogramm geschrieben.

Für Peer Steinbrück geht es gleich zünftig los. „Peer, bitte mach keinen Sch...“ wie Gerhard Schröder und Wolfgang Clement“, haut ihn ein Mann von der Seite am Stehtisch an. Gemeint sind die Hartz-Reformen. Da sei aber nicht alles sch... gewesen, lautet die launige Antwort des Kanzlerkandidaten. Zum Abschluss des Dialogs gibt es noch das Steinbrück'sche Haifischlachen. Dann geht es an die Arbeit: Die SPD hat im Berliner Estrel-Hotel erstmals zum Bürgerkonvent geladen.

Zwar sind rund 150 der 300 Teilnehmer SPD-Mitglieder, aber in Zeiten einer gewissen Parteienverdrossenheit ist es ein recht erfrischendes Experiment. Jedenfalls sagen das unisono die befragten Bürger. An Thementischen zu den Bereichen Rente/Gesundheit, Steuern, Arbeit, Mobilität, Energie und Kitas/Bildung sitzen je acht bis zehn Leute, auf jedem Tisch steht ein Bildschirm. Hier fließen in den nächsten acht Stunden hunderte Ideen für das SPD-Bundestagswahlprogramm ein.

Doch der Einfluss auf selbiges ist eher gering, denn es steht natürlich schon. Für die elfam Samstagabend ausgewählten Vorschläge der Bürger waren freie Stellen offengelassen worden. Am Montag wird das „Regierungsprogramm“ erstmals im SPD-Vorstand beraten. So

ist es eine etwas gelenkte Beteiligung, immerhin gingen aber rund 40.000 Bürger-vorschläge ein. Steinbrück verspricht, solche Formate als Kanzler zu wiederholen. SPD-Chef Sigmar Gabriel meint, die Partei habe über 20 Jahre zu sehr im eigenen Saft geschmort. Sie soll im „Wahlkampf von unten“ auch mehrere Millionen Hausbesuche machen. Nebenbei stützt er den Kandidaten nach dessen „Clown-Affäre“. „Ich glaube, Herr Berlusconi hat Glück, dass wir ihm eine so ehrenwerte Berufsbezeichnung gegeben haben.“ Das ist Gabriels Pflicht, aber in der SPD wartet man schon mit Sorge auf die nächsten Klartext-Worte, die aus Steinbrücks Mund purzeln.

Hans Naumann aus Recklinghausen ist Steinbrück-Fan und seit 40 Jahren SPD-Mitglied. Dass er am Programm mitschreiben darf, ist neu für den 77-Jährigen. „Da hat die SPD die Fenster weit aufgemacht, damit mal frische Luft von draußen reinkommt.“ Am Ende steht ein ambivalentes Ergebnis mit elf Forderungen. Auf Platz eins ein gesetzlicher Mindestlohn – den haben SPD, Grüne und Linke gerade erst im Bundesrat gefordert (8,50 Euro pro Stunde). Auch der Ruf nach mehr sozialem Wohnungsbau steht schon im SPD-Wahlprogramm. Doch ausgewählt wird auch Sprengstoff, wie Steinbrück einräumt. Den Ländern soll die Hoheit über die Bildungspolitik entzogen werden, damit es statt Dauerstreit um Turbo-Abi, Schulformen und Studiengebühren eine Politik aus einem Guss gibt. Interessant auch, welche Angst es vor einer Wasserprivatisierung gibt: Die Forderung „Wasserversorgung soll in staatlicher Hand bleiben“ belegt Platz fünf. Nun muss ein Parteitag am 14. April entscheiden, was wirklich im Programm davon übrigbleiben wird.

FDP nähert sich Union im Streit um Mindestlohn an

Liberaler sprechen von „auskömmlichen Löhnen“

■ **Berlin/Aschaffenburg (dpa).** Die FDP geht im Koalitionsstreit um Mindestlöhne weiter auf die Union zu. Nach dem Beschluss des Bundesrates für einen gesetzlichen Mindestlohn zeigt sich die Parteispitze bereit, den Weg zu Lohnuntergrenzen in allen Branchen zu ebnen. Unter dem Druck der Opposition will Schwarz-Gelb das Streitthema rechtzeitig vor der Bundestagswahl abräumen. Heute will sich das FDP-Präsidium positionieren, noch im März soll eine Lösung im Koalitionsausschuss ausgelotet werden. Einen gesetzlich festgelegten

Mindestlohn lehnen FDP und Union aber weiterhin ab. „Damit kein Missverständnis entsteht: Wir bleiben bei unserer Position, dass ein Mindestlohn ordnungspolitisch keinen Sinn macht“, sagte FDP-Chef Philipp Rösler beim Parteitag der bayerischen Liberalen in Aschaffenburg. Es gebe aber in den neuen Bundesländern Regionen, „wo es keine Tarifautonomie mehr gibt, weil es keine Tarifpartner mehr gibt“. Auch in diesen Regionen müsse es einigermaßen auskömmliche Löhne geben. Die Unionsfraktion begrüßte die Kompromissignale.

Gauk verteidigt Brüderle

■ **Berlin (dpa).** Bundespräsident Joachim Gauck hat Rainer Brüderle (FDP) in der Sexismus-Debatte in Schutz genommen. „Wenn so ein Tugendfuror herrscht, bin ich weniger moralisch, als man es von mir als ehemaligem Pfarrer vielleicht erwarten würde“, sagte Gauck. Es gebe in der Frauenfrage noch einiges zu tun, aber eine flächendeckende Fehlhaltung von Männern könne er nicht erkennen.

NRW-CDU fordert Ministerium in Berlin

■ **Düsseldorf (lnw).** Die nordrhein-westfälische CDU meldet schon einmal Ansprüche auf Ministerposten im Falle eines Sieges der Union bei der Bundestagswahl an. Sein Landesverband werde ganz sicher wieder mit am Regierungssitz sitzen, sagte der Fraktionschef der NRW-CDU, Karl-Josef Laumann, dem *Focus*. „Das ist eine unabdingbare Notwendigkeit.“

Euro-Kritiker wollen Partei gründen

■ **Frankfurt (AFP).** Kritiker der Euro-Rettungspolitik bereiten nach einem Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* die Gründung einer Partei vor. Die „Alternative für Deutschland“ soll im April offiziell ins Leben gerufen werden und zur Bundestagswahl im September antreten. Gründer sind der Ökonom Bernd Lucke sowie die Publizisten Konrad Adam und Alexander Gauland.

Autobombenanschlag in Pakistan

■ **Karachi (AFP).** In der pakistanischen Millionenmetropole Karachi sind durch einen Autobombenanschlag 45 Menschen getötet und 150 weitere verletzt worden. Die Zahl der Toten könne noch beträchtlich steigen, weil es viele lebensgefährlich Verletzte gebe, sagte der Verwaltungschef von Karachi. Spätestens in zwei Wochen sollen in Pakistan Parlamentsneuwahlen ausgerufen werden.

El Kaida veröffentlicht Online-Magazin

■ **Riad (rtr).** Die radikal-islamische El Kaida hat eine englischsprachige Online-Zeitschrift mit Tipps für Extremisten veröffentlicht. Darin wird unter anderem erklärt, wie man geparkte Autos anzündet. Zudem werden elf Prominente aufgelistet, die wegen Verbrechen gegen den Islam gesucht würden. Darunter sind der Autor Salman Rushdie und der niederländische Politiker Geert Wilders.

PERSÖNLICH



Johannes Ponader, Geschäftsführer der Piraten, ist in einer internen Umfrage abgestraft worden. Wie Ponader selbst über den Kurznachrichtendienst Twitter mitteilte, gaben ihm fast 1.200 Parteimitglieder die Schulnote sechs, zusammen nur gut 600 die Noten eins bis vier. Über die Hälfte der gut 5.000 Teilnehmer wollte sich zu Ponader nicht äußern. FOTO: GETTY



Mirjam Pressler, Autorin, und das Fritz-Bauer-Institut sind mit der Buber-Rosenzweig-Medaille 2013 ausgezeichnet worden. Die Laudatorin und Vizepräsidentin des jüdischen Weltkongresses, Charlotte Knobloch, betonte in ihrer Rede, dass es der Schriftstellerin Pressler gelinge, in ihren Werken jüdisches Leben in der Nazi-Zeit nahezubringen. FOTO: DPA



Manfred Rekowski, neuer rheinischer Präses, hat offiziell die Leitung der rheinischen Kirche, der zweitgrößten evangelischen Landeskirche in Deutschland, übernommen. Im Beisein von Geistlichen und Politikern wurde Rekowski in einem Gottesdienst ins Amt eingeführt. Zugleich wurde sein Vorgänger Nikolaus Schneider in den Ruhestand verabschiedet. FOTO: DPA

Grüne kontern Laschets Thesen zur Homo-Ehe

HINTERGRUND



■ **Düsseldorf.** Die konservativen Ansichten in der Führung der NRW-CDU zur Homo-Ehe empören die Grünen. Deren Landeschef Sven Lehmann (Foto) vermutet einen Machtkampf. Von unserem Korrespondenten *Florian Pfitzner*.

innerhalb seiner Partei immer für ein modernes, urbanes Bürgertum“, so Lehmann. Das ändere sich nun durch seinen „taktischen Vorstoß“.

Laschet hatte unter anderem CDU-Bundesfraktionschef Volker Kauder widersprochen, die Homo-Ehe steuerlich auf eine Ebene mit herkömmlichen Fa-

milien zu stellen. Die gesamte Förderung von Ehe und Familie nur noch unter dem Gleichstellungsaspekt zu sehen, sei nicht seine Meinung, sagte er zudem im *Deutschlandfunk*.

Lehmann kontierte die Aussagen Laschets. „An der Gleichstellung führt kein Weg mehr vorbei.“ Jede Ungleichbehandlung sei rechtlich nicht mehr haltbar. „Wir Grüne wollen die Ehe für alle – wie in Frankreich, Großbritannien oder den Niederlanden“, sagte Lehmann. Ehe und eingetragene Lebenspartnerschaft müssten in allen rechtlichen Aspekten gleichgestellt wer-

den, das sei das gesellschaftspolitische Minimum.

Um Kinder steuerlich stärker anzurechnen, trat Laschet dafür ein, das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting zu erweitern. „Das klingt erst mal gut, denn es würde nicht mehr bloß der Tauschein steuerlich begünstigt“, erwiderte Lehmann. Gravierende Tücken des Ehegattensplittings würden jedoch nicht beseitigt, sondern fortgeschrieben. „Denn auch ein Familiensplitting unterstützt das Alleinernährer-Modell und befördert gerade nicht eine eigenständige Existenzsicherung.“